LAD2-GV-17/163-2013

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 07.05.2013
zu Ltg. - **17/D-1-2013**
R- u. V-Ausschuss

SYNOPSIS

zur Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL 1972)

**Der Entwurf zur Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972
wurde an nachstehende Stellen zur Begutachtung versendet:**

1. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
2. alle Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung
3. Volksanwaltschaft
4. Österreichischer Gemeindebund
5. Österreichische Städtebund - Landesgruppe NÖ
6. NÖ Landes-Landwirtschaftskammer
7. Wirtschaftskammer Niederösterreich
8. NÖ Landarbeiterkammer
9. Kammer für Arbeiter u. Angestellte für NÖ - Zentrale Wien
10. Rechtsanwaltskammer für Niederösterreich
11. Notariatskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland
12. Kammer der Architekten- und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland
13. Kammer der Wirtschaftstrehänder
14. Verband der Gemeindevertreter der ÖVP
15. Verband sozialdemokratischer Gemeindevertreter für NÖ
16. Vereinigung Österreichischer Industrieller, Landesgruppe Niederösterreich
17. Landespersonalvertretung
18. Zentralbetriebsrat der NÖ Landeskrankenhäuser, Landespflege- und Pensionistenheime
19. Abteilung Landesamtsdirektion / Beratungsstelle
20. alle Stabsstellen der Abteilung Landesamtsdirektion
21. NÖ Agrarbezirksbehörde

22. Gleichbehandlungsbeauftragte im Land NÖ
23. NÖ Umweltanwaltschaft
24. Unabhängiger Verwaltungssenat im Land NÖ
25. Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute
26. NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft
27. NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft
28. Landesschulrat für Niederösterreich
29. Österreichische Zahnärztekammer
30. Österreichische Ärztekammer
31. Österreichische Apothekerkammer, Landesgeschäftsstelle Niederösterreich
32. Österreichische Tierärztekammer
33. Ämter der Landesregierungen
34. Verfassungsgerichtshof
35. Verwaltungsgerichtshof

Eingehende Stellungnahmen:

1. Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst
2. Unabhängiger Verwaltungssenat im Land Niederösterreich
3. Landespersonalvertretung der NÖ Landesbediensteten
4. Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich
5. Verband Sozialdemokratischer Gemeindevertreter in NÖ
6. Abteilung Gewerberecht
7. Gleichbehandlungsbeauftragte im Land Niederösterreich

Eingehende Stellungnahmen im Rahmen der Bürgerbegutachtung:

Univ.-Prof. Dr. Nicolas Raschauer, JKU Linz, Institut für Staatsrecht und Politische Wissenschaften und Priv.-Doz. Dr. Wessely, LL.M., Universität Wien, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht

Nachfolgender Entwurf wurde einem Begutachtungsverfahren unterzogen:

Der Landtag von Niederösterreich hat am
.....
beschlossen:

Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972

Artikel I

Die Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, LGBl. 2200, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis entfällt die Wortfolge „§§ 171 bis 173 (entfallen)“.
2. Im Inhaltsverzeichnis wird die Wortfolge „X. Teil“ durch die Wortfolge „XI. Teil“ ersetzt.
3. Im Inhaltsverzeichnis wird die gesamte Gliederung des IX. Teiles durch folgende Gliederung ersetzt:

„IX. Teil: Fahrtkostenzuschuß

§ 171

§ 172 entfällt

§ 173 entfällt

X. Teil: Option Dienstrecht Landesverwaltungsgericht

§ 174 Allgemeine Bestimmungen

§ 175	Bezüge
§ 176	Gehalt und Landesverwaltungsgerichtszulage
§ 177	Verwaltungsdienstzulage und Dienstalterszulage
§ 178	Allgemeine Dienstzulage
§ 179	Leitungszulage
§ 180	Erholungsurlaub“

4. In § 69 Abs. 1 wird die Wortfolge „Fahrtkostenzuschüsse § 174“ durch die Wortfolge „Fahrtkostenzuschuß § 171“ ersetzt.
5. Im IX. Teil (Fahrtkostenzuschuss) wird die Paragraphenbezeichnung „174“ durch die Paragraphenbezeichnung „171“ ersetzt.
6. Der X. Teil (Schluß- und Übergangsbestimmungen) erhält die Bezeichnung XI. Teil (Schluß- und Übergangsbestimmungen). Der X. Teil (neu) lautet:

„X. Teil

Option Dienstrecht Landesverwaltungsgericht

§ 174

Allgemeine Bestimmungen

(1) Für die Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes insoweit sinngemäß, als ein Beamter gemäß § 36 NÖ Landesverwaltungsgerichtsgesetz (NÖ LVGG), LGBl. 0015, dies beantragt und dieser Teil nichts anderes bestimmt.

(2) Die §§ 5, 8 Abs. 3, 9 Abs. 1 und 2, 17, 18, 22 Abs. 1, 23, 25, 26 Abs. 3, 27, 32, 32a, 35 Abs. 2, 49 Abs. 1 und 2, 50 Abs. 2 und 6, 59, 60, 63, 64, 65, 66, 66a, 71, 73, 74, 95 bis 170 und 186 bis 188 finden auf die Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes keine Anwendung.

(3) Abweichend von § 35 ist über die Entgegennahme von Ehrengeschenken durch die Mitglieder die Präsidentin oder der Präsident umgehend in Kenntnis zu setzen. Wird die Annahme durch die Präsidentin oder den Präsidenten untersagt, ist dieses zurückzugeben. Die Präsidentin oder der Präsident hat die Annahme eines Ehrengeschenk der Dienstbehörde zu melden.

(4) Die Genehmigung von Dienstreisen der Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes obliegt nach den Grundsätzen der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landesverwaltungsgerichtes. Sie oder er hat den Reisegebührenantrag auf Richtigkeit und Plausibilität zu prüfen. Dienstreisen der Präsidentin oder des Präsidenten des Landesverwaltungsgerichtes sind der Dienstbehörde zu melden.

(5) Soweit dieses Gesetz dem Vorgesetzten oder Dienststellenleiter Aufgaben zuweist, sind diese von der Präsidentin oder dem Präsidenten wahrzunehmen; im übrigen ist die Landesregierung Dienstbehörde.

§ 175

Bezüge

(1) Mit Wirksamkeit der Ernennung erwirbt das Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes den Anspruch auf den Dienstbezug, auf die Sonderzahlung (§ 61) und auf Nebenbezüge.

(2) Der Dienstbezug ist der Gehalt zuzüglich einer Landesverwaltungsgerichtszulage, Verwaltungsdienstzulage, Dienstalterszulage, Allgemeinen Dienstzulage, Teuerungszulage, Kinderzulage und Leitungszulage.

(3) Für die Einstufung eines Mitgliedes des Landesverwaltungsgerichtes gemäß § 7 Abs. 2 in die Gehaltsstufe gemäß § 176 Abs. 2 ist der fünf Jahre übersteigende Zeitraum ab dem Stichtag maßgebend.

§ 176

Gehalt und Landesverwaltungsgerichtszulage

(1) Das Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes erhält einen monatlichen Gehalt, der von der niedrigsten bis zur höchsten Gehaltsstufe ansteigt.

(2) Der Gehalt ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle:

Gehaltsstufe	Euro	Gehaltsstufe	Euro
1	2292,0	9	4316,9
2	2543,9	10	4570,4
3	2796,0	11	4824,7
4	3047,7	12	5078,5
5	3300,8	13	5332,4
6	3554,9	14	5716,4
7	3809,1	15	6063,4

(3) Das Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes rückt alle zwei Jahre in die nächsthöhere Gehaltsstufe vor. Eine vorzeitige Vorrückung ist unzulässig.

(4) Die Vorrückung ist geheimer

1. durch die rechtskräftige Feststellung, daß das Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes den zu erwartenden Arbeitserfolg nicht erbracht hat, oder
2. wenn ein Disziplinarerkenntnis dies vorsieht.

(5) Dem Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes gebührt monatlich eine Landesverwaltungsgerichtszulage im Ausmaß von 17,30 % der Summe aus dem Gehalt (Abs. 2) der Verwaltungsdienstzulage (§ 177), der Allgemeinen Dienstzulage (§ 178) und einer allfälligen Leitungszulage (§ 179). Dadurch sind alle mengenmäßigen und zeitlichen Mehrleistungen abgegolten.

§ 177

Verwaltungsdienstzulage und Dienstalterszulage

(1) Dem Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes gebührt monatlich eine Verwaltungsdienstzulage im Ausmaß von 10 % des Gehaltes (§ 176 Abs. 2) der Gehaltsstufe 11.

(2) Dem Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes, das die höchste Gehaltsstufe erreicht hat, gebührt nach vier Jahren, die es in dieser Gehaltsstufe verbracht hat, eine für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Dienstalterszulage im Ausmaß von eineinhalb Vorrückungsbeträgen.

(3) Eine Dienstalterszulage gebührt allerdings nur dann, wenn die Vorrückung nicht nach § 176 Abs. 4 geheimer ist.

§ 178
Allgemeine Dienstzulage

Dem Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes gebührt eine Allgemeine Dienstzulage. Sie entspricht den Beträgen gemäß § 66a, nämlich

1. bis zur Gehaltsstufe 3 dem Betrag für die Dienstklassen I bis V und
2. ab der Gehaltsstufe 4 dem Betrag für die Dienstklasse VI bis IX.

§ 179
Leitungszulage

Der Präsidentin oder dem Präsidenten, der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten, dem Leiter einer Außenstelle, dem Leiter der Evidenzstelle sowie dem Vorsitzenden eines Senates des Landesverwaltungsgerichtes gebührt eine monatliche, für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Leitungszulage. Sie beträgt

für die Präsidentin oder den Präsidenten	28 %
für die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten	11 %
für den Leiter einer Außenstelle	8 %
für den Leiter der Evidenzstelle	8 %
und	
für den Vorsitzenden eines Senates	8 %

des Gehaltes (§ 176 Abs. 2) der Gehaltsstufe 11 zuzüglich Verwaltungsdienstzulage (§ 177) und Allgemeiner Dienstzulage (§ 178).

§ 180

Erholungsurlaub

Dem Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes gebührt in jedem Kalenderjahr ein Erholungsurlaub in folgendem Ausmaß:

1.	ab der Gehaltsstufe 1	264 Stunden
	und	
2.	ab der Gehaltsstufe 11	280 Stunden“

Artikel II

Artikel I tritt mit 1. Jänner 2014 in Kraft.

Zum übermittelten Gesetzesentwurf wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

1. Allgemeine Stellungnahmen:

- Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich:

Gegen den Entwurf einer Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 bestehen grundsätzlich keine Bedenken.

Die allgemeine Bemerkung wird zur Kenntnis genommen.

- Verband Sozialdemokratischer Gemeindevertreter in NÖ:

Zum vorliegenden Entwurf wird seitens unseres Verbandes keine Stellungnahme abgegeben.

Die allgemeine Bemerkung wird zur Kenntnis genommen.

- Abteilung Gewerberecht:

Zu den mit Schreiben der Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst bzw. Personalangelegenheiten A vom 11. März 2012, (gemeinsames Email vom 12. März 2013 zu Zl. LAD1-VD-100801/006-2013 bzw. LAD2-DR-46/25-2013), übermittelten Entwurf eines NÖ Landesverwaltungsgerichtsgesetz (NÖ LVGG) und einer Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, LGBl. 2200, wird mitgeteilt, dass in Zusammenhang mit diese Gesetzesentwürfen für die Abteilung Gewerberecht grundsätzlich kein Anlass zu weiteren inhaltlichen Bemerkungen besteht.

Die allgemeine Bemerkung wird zur Kenntnis genommen.

- Gleichbehandlungsbeauftragte im Land Niederösterreich:

Seitens der NÖ Gleichbehandlungskommission wird gemäß § 12 Abs. 7 NÖ Gleichbehandlungsgesetz 1997 zu den vorliegenden Änderungsentwürfen der obigen Landesgesetze folgende Stellungnahme abgegeben:

1. NÖ Landesverwaltungsgerichtsgesetz (NÖ LVGG)

Die geschlechtergerechten Formulierungen im Gesetzestext und den Erläuterungen werden begrüßt.

Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass der personenbezogene Begriff „Mitarbeiter“ in § 28 Abs. 2 Z 6 in rein männlicher Form verwendet wurde. Es wird angeregt, auch diesen Begriff geschlechtergerecht zu formulieren.

2. Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, LGBl. 2200

Die Dienstpragmatik der Landesbeamten ist ein umfassendes Gesetzeswerk, das eine Fülle personenbezogener Begriffe enthält; diese Begriffe sind im Gesetzestext bis auf die Begriffe „Präsidentin oder Präsident“ sowie „Vizepräsidentin oder Vizepräsident“ grundsätzlich männlich formuliert („Vorgesetzter“, „Leiter“,...). Auch in den Erläuterungen finden sich personenbezogene Begriffe wie „Optanten“, „Mandatare“, „Funktionäre“ und „Landesbeamte“ die männlich formuliert sind.

Die sprachliche Gleichstellung ist ein wichtiger Baustein in der Gender Mainstreaming-Strategie und trägt bei zur weiteren Umsetzung auch faktischer Gleichstellung von Frauen und Männern. Auf den Leitfaden Geschlechtergerechtes Formulieren, einer Empfehlung des Arbeitskreises Gender Mainstreaming in der NÖ Landesverwaltung, wird hingewiesen und die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache angeregt.

Weiters enthalten die Erläuterungen zum obigen Gesetzes-Entwurf und der Gesetzesänderung keinen Hinweis darauf, dass Überlegungen zu den Auswirkungen auf weibliche und männliche Bedienstete und Überlegungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern angestellt worden wären; insbesondere fehlt der Hinweis, dass dabei auf die Strategie von Gender Mainstreaming Bedacht genommen wird.

Die NÖ Landesregierung hat sich mit Beschluss vom 9.März 2004 dazu bekannt, Gender Mainstreaming in der NÖ Landesverwaltung umzusetzen. Strukturen sind im Sinne der Chancengleichheit derart zu gestalten, dass langfristig eine Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht wird. Die Strategie von Gender Mainstreaming zielt darauf ab, bei allen politischen Vorhaben, Planungen und Entscheidungsprozessen die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern mit einzubeziehen und zu berücksichtigen.

Neben der sprachlichen Gleichstellung ist es bei legislativen Werken somit wichtig, eventuelle Auswirkungen gesetzlicher Vorhaben auf Frauen und Männer, auf weibliche und männliche Bedienstete zu erkennen und sichtbar zu machen; diese Bedachtnahme auf die Strategie von Gender Mainstreaming sollte daher in den Erläuterungen dokumentiert werden.

Seitens der NÖ Gleichbehandlungskommission wird daher folgendes angeregt:

- Bei Änderungen des Dienst- und Besoldungsrechts für DienstnehmerInnen des Landes mögen die Bedachtnahme auf die Strategie von Gender Mainstreaming und die Überlegungen zu Auswirkungen auf weibliche und männliche Bedienstete in den Erläuterungen dargelegt werden.
- Betreffend die Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 sollen zumindest die Erläuterungen geschlechtergerecht formuliert werden.

Der Anregung wurde dahingehend entsprochen, als die Erläuterungen geschlechtergerecht formuliert wurden.

2. Stellungnahmen zu den einzelnen Änderungsvorschlägen:

Zu Ziffer 3:

- Abteilung Landesamtsdirektion / Verfassungsdienst:

Die Änderungsanordnung sollte wie folgt lauten:
„Im Inhaltsverzeichnis lauten der IX. und der X. Teil:“

Der Anregung wurde entsprochen.

- Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich:

In formeller Hinsicht dürfen wir jedoch folgende Änderungen anregen:
Die Änderungsanordnung (Im Inhaltsverzeichnis wird die gesamte Gliederung des IX. Teils durch folgende Gliederung ersetzt) sollte wie folgt geändert werden:

„Im Inhaltsverzeichnis lautet der IX. Teil und der X. Teil (neu):“

Dies ist deswegen notwendig, weil mit der Ziffer 3 nicht nur der Teil IX., sondern auch der Teil X. des Inhaltsverzeichnisses (nämlich die Paragraphen 171 bis 180) neu gegliedert werden soll.

Der Anregung wurde entsprochen.

Zu Ziffer 4:

- Abteilung Landesamtsdirektion / Verfassungsdienst:

Hier sollte es „§ 69 Abs. 1 Z. 2“ lauten.

Der Anregung wurde entsprochen.

- Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich:

Diese Änderungsanordnung sollte lauten:

„Im § 69 Abs. 1 wird der Klammerausdruck "(Fahrtkostenzuschüsse § 174)" durch den Klammerausdruck "(Fahrtkostenzuschuss § 171)" ersetzt.“

Nach Ziffer 4 wäre folgende neue Ziffer einzufügen:

„Der Hinweis "§§ 171 bis 173 entfallen" entfällt.“

Diese neue Ziffer erscheint deswegen notwendig, weil in der Ziffer 5 angeordnet wird, dass z.B. der derzeitige § 174 die Bezeichnung § 171 erhalten (und nicht entfallen) soll.

Der Anregung wurde durch eine Neugestaltung der Z. 5 entsprochen.

Zu Ziffer 5:

- Abteilung Landesamtsdirektion / Verfassungsdienst:

Hier soll die Paragraphenbezeichnung „174“ durch die Bezeichnung „171“ ersetzt werden. Die Wortfolge „§§ 171 bis 173 entfallen“ nach § 170 sollte entfallen. Weiters sollte nach 171 (neu) die Wortfolge „§§ 175-180 (entfallen)“ korrigiert werden.

Die Änderungsanordnungen könnten wie folgt lauten:

„Die Wortfolge „§§ 171 bis 173 entfallen“ nach § 170 entfällt.

„Der IX. Teil lautet:

Der Anregung wurde entsprochen.

- Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich:

Diese Änderungsanordnung sollte lauten:

„Im IX. Teil wird die Bezeichnung "§ 174" durch die Bezeichnung "§ 171" ersetzt und wird der Hinweis "§§ 175-180 (entfallen)" durch folgenden Hinweis ersetzt "§§ 172 und 173 (entfallen)".“

Der Anregung wurde entsprochen.

Zu Ziffer 6:

- Abteilung Landesamtsdirektion / Verfassungsdienst:

§ 174 Abs. 4 sollte im Hinblick auf das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 13. März 2013, Zl. 2012/12/0097-7, überdacht werden.

Der Anregung wurde entsprochen.

Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes bedürfen für Dienstreisen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der richterlichen Tätigkeit stehen, keines Dienstreiseauftrages.

- Unabhängiger Verwaltungssenat im Land Niederösterreich:

Zu § 174 Abs. 2: Der vorliegenden Auflistung an Bestimmungen, die auf die Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes keine Anwendung finden, ist § 30a anzufügen.

Der Anregung wurde insoweit entsprochen, als § 30a Abs. 4 letzter Satz angenommen und in § 174 Abs. 4 (neu) klargestellt wurde, dass Mitglieder kraft Gesetzes die auf Grund ihrer richterlichen Tätigkeit erforderlichen Mehrleistungen zu erbringen haben. In Verbindung mit § 176 Abs. 5 ergibt sich weiters, dass

die durch das Mitglied zu leistenden Mehrleistungen (angeordnet oder aufgrund der richterlichen Tätigkeit erforderlich) mit dem Gehalt abgegolten werden und ein Ausgleich in Freizeit daher nicht möglich ist.

Zu § 174 Abs. 4: Dieser Bestimmung ist folgende Wortfolge anzufügen: "Ausgenommen von der Genehmigungspflicht sind Dienstreisen von Mitgliedern, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der richterlichen Tätigkeit stehen."

Hintergrund hierfür ist der Umstand, dass die Beurteilung über das Erfordernis etwa eines Ortsaugenscheines oder einer auswärtigen Zeugeneinvernahme nur dem zuständigen Richter bzw. Senat zukommen kann, sodass eine allfällige Weigerung des Präsidenten oder der Präsidentin, die Dienstreise zu genehmigen, einen verfassungswidrigen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit darstellen würde.

Der Anregung wurde entsprochen.

Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes bedürfen für Dienstreisen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der richterlichen Tätigkeit stehen, keines Dienstreiseauftrages.

Zu § 176 Abs. 5: Das Ausmaß der Landesverwaltungsgerichtszulage von 17,30% sollte auf 25 % erhöht werden. In diesem Zusammenhang wird auf die obigen Ausführungen zu § 24 NÖ LVGG verwiesen.

Der Anmerkung, die Landesverwaltungsgerichtszulage zu erhöhen, wurde nicht entsprochen, da dieser Prozentsatz - welcher vierzehn Mal jährlich gesetzlich garantiert gebührt – als ausreichend angesehen wird. Darüberhinausgehend wird angemerkt, dass zu dieser Landesverwaltungsgerichtszulage von 17,30% noch eine Verwaltungsdienstzulage von 10% des Gehaltes der Gehaltsstufe 11 – welche ebenfalls vierzehn Mal jährlich gesetzlich garantiert gebührt – hinzukommt.

- Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich:
Im § 174 Abs. 3 des Entwurfes sollte es anstelle von "§ 35" lauten: "§ 35 Abs. 3".

Der Anregung wurde entsprochen.

- Landespersonalvertretung der NÖ Landesbediensteten:
Aus der Sicht der Landespersonalvertretung sollte es bei der gegenständlichen Strukturänderung (UVS wird zum LVG) zu keiner Verschlechterung der finanziellen

Situation bei bisherigen UVS-Mitgliedern kommen. Bei der Umstellung auf eine „All-In Regelung“, bei der alle mengenmäßigen und zeitlichen Mehrleistungen abgegolten sind, ist somit zumindest von den bisherigen Gesamtbezügen auszugehen.

Der Anmerkung, die Landesverwaltungsgerichtszulage zu erhöhen, wurde nicht entsprochen, da dieser Prozentsatz - welcher vierzehn Mal jährlich gesetzlich garantiert gebührt – als ausreichend angesehen wird. Darüberhinausgehend wird angemerkt, dass zu dieser Landesverwaltungsgerichtszulage von 17,30% noch eine Verwaltungsdienstzulage von 10% des Gehaltes der Gehaltsstufe 11 – welche ebenfalls vierzehn Mal jährlich gesetzlich garantiert gebührt – hinzukommt.

- Univ.-Prof. Dr. Nicolas Raschauer, JKU Linz, Institut für Staatsrecht und Politische Wissenschaften und Priv.-Doz. Dr. Wessely, LL.M., Universität Wien, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht

Zu § 22 Abs 5 NÖ LVGG und § 174 Abs 4 NÖ DPL: Beiden Bestimmungen zufolge hat der Präsidenten des LVG Dienstreiseaufträge nach den Grundsätzen der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit zu genehmigen. Damit überträgt der Gesetzgeber die Beurteilung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Dienstreisen undifferenziert und damit auch dort, wo diese in unmittelbarem Zusammenhang mit der richterlichen Tätigkeit stehen (insb Lokalausweise) und damit funktionell der Gerichtsbarkeit zuzurechnen ist, auf die (Justiz-) Verwaltung³. Dieser unmittelbare Eingriff der Verwaltung auf das Judizium verletzt die richterliche Unabhängigkeit (vgl hiezu die Ausführungen zu § 25) und ist demgemäß verfassungswidrig⁴ und unionsrechtswidrig. Als Lösungsansatz wird eine differenzierte – bspw an § 2 Abs 3 Thüringer Reisekostengesetz oder § 25 des Entwurfs eines Tiroler Landesverwaltungsgerichtsgesetzes angelehnte – Bestimmung vorgeschlagen. Etwa: „Für Reisen der Richter im Rahmen der richterlichen Tätigkeit ist eine Genehmigung von Reisen im Inland nicht erforderlich“.

³ Im Wege des Präsidenten steht es dabei der Landesregierung als vorgesetzte Behörde jederzeit frei, auch im Einzelfall Lokalausweise zu unterbinden oder aber sogar anzuordnen (arg: Dienstreiseauftrag).

⁴ Jüngst idS VwGH 13.3.2013, 2012/12/0097.

Der Anregung wurde entsprochen.

Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes bedürfen für Dienstreisen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der richterlichen Tätigkeit stehen, keines Dienstreiseauftrages.